



La fuite n'est pas un crime
La fuite est un
droit humain!

Flucht ist kein Verbrechen
Flucht ist ein
Menschenrecht!

Vluchten is geen misdad
Vluchten is een
mensenrecht!

**Ökumenische Plattform in der Euregio Maas-Rhein (B/D/NL)
zur Asyl- und Flüchtlingspolitik**

**Oecumenisch platform in de Euregio Maas-Rijn (B/D/NL)
inzake de asiel-en vluchtelingenpolitiek**

**Plateforme oecuménique dans l'Euregio Meuse-Rhin (B/D/NL)
sur la politique d'asile et des réfugiés**

Die Synode des Evangelischen Kirchenkreises Aachen

Die Synode des Evangelischen Kirchenkreises Jülich

Die Synode des Evangelischen Kirchenkreises Krefeld-Viersen

Die Synode des Evangelischen Kirchenkreises Moers

Der Synodalrat der Vereinigten Protestantischen Kirche in Belgien
(VPKB)

Het breed moderamen van de Classis Limburg van de Protestantse
Kerk in Nederland (PKN)

Der Diözesanrat der Katholiken im Bistum Aachen

Mgr. Jean-Pierre Delville, évêque de Liège (B)

Mgr.Fr. Wiertz, bisschop van Roermond (NL)

Der Gemeindedienst für Ökumene und Mission der Evangelischen
Kirche im Rheinland - Region Niederrhein

Südwind – Institut für Ökonomie und Ökumene (Siegburg)

**Unterstützer der Resolution „Flucht ist kein Verbrechen-
Flucht ist ein Menschenrecht“**

Flucht ist kein Verbrechen
Flucht ist ein
Menschenrecht!



*„Wenn bei dir ein Fremder in eurem Land wohnt, sollt ihr ihn nicht unterdrücken. Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten, und du sollst ihn lieben wie dich selbst.; denn ihr seid selbst Fremde in Ägypten gewesen. Ich bin der Herr, euer Gott.“
(3. Buch Mose, Kap. 19, 33-34)*

Seit Jahrzehnten steigt die Zahl der Opfer einer immer restriktiver und unmenschlicher werdenden europäischen Flüchtlingspolitik. Die Mitglieder der Euregionalen Plattform für Flüchtlingsarbeit halten es unter dem Eindruck der unmenschlichen Zustände, unter denen Flüchtlinge an den Außengrenzen Europas, insbesondere in Nordafrika, und in den Ländern der EU leben müssen, für wichtig und dringlich, deutlich ihre Stimme zu erheben.

Unser Anliegen ist, die Not der Menschen, das Skandalöse ihrer Existenzbedingungen und ihre menschenrechtlichen Ansprüche ins Zentrum der politischen und gesellschaftlichen Aufmerksamkeit zu rücken. **In diesem Sinne fordern wir von den politischen Entscheidungsträgern in allen europäischen Ländern, im Europarat und im Europäischen Parlament**

- den sofortigen Stopp der Verfolgung und Ermordung von Flüchtlingen in den Anrainerstaaten der EU (z.B. in Marokko) und die Beendigung der Unterstützung dieser Jagd auf Menschen durch die EU, insbesondere durch den Einsatz der FRONTEX
- Transparenz und Kontrolle in Bezug auf den Einsatz von Frontex
- die Einsetzung von unabhängigen Menschenrechtsbeauftragten auf den Schiffen von Frontex
- die Beendigung der europäischen Abschottungspolitik zugunsten einer menschenrechtsorientierten Flüchtlingspolitik
- die Transparenz der Verhandlungen und die Offenlegung aller Vereinbarungen der EU mit den Anrainerstaaten
- die Verbesserung der Seenotrettung an den Außengrenzen der EU
- die solidarische und gerechte Verteilung der Flüchtlinge unter den Ländern der EU
- die freie Wahl ihres Fluchtziels für alle Flüchtlinge (Änderung der Dublin-Vereinbarung)

- die Beendigung von Abschiebungen in sog. Drittstaaten bzw. in Nicht-EU-Staaten
- den Verzicht auf Kettenabschiebungen
- die Abschaffung der Abschiebehaft
- besondere Schutzmaßnahmen für unbegleitete Kinder und jugendliche Flüchtlinge
- allen Flüchtlingen die Einlegung von Rechtsmitteln mit aufschiebender Wirkung zu ermöglichen
- eine großzügige Handhabung von Familienzusammenführungen
- ein Bleiberecht für Flüchtlinge mit Duldungsstatus
- die Ersetzung des Duldungsstatus durch einen Rechtsstatus
- das Recht auf Arbeit und Ausbildung und Beschulung während des Asylverfahrens/der Duldung.

Wir fordern eine Flüchtlingspolitik, die im Einklang steht mit den Grundwerten, auf denen die europäische Zivilisation basiert, mit der Menschenrechtscharta der UN, mit der Europäischen Menschenrechtscharta und mit unserem christlichen Auftrag.

Wir fordern alle Christen auf, die wachrüttelnden Worte von Papst Franziskus auf Lampedusa als Auftrag anzunehmen, sich ohne Wenn und Aber für eine Umkehr in der europäischen Flüchtlingspolitik stark zu machen.

Europäisches Flüchtlingselend – Euregionaler Widerstand

Die Tatsache eines vor aller Augen wachsenden Flüchtlingselends war im Jahre 1994 der Ausgangspunkt für die Gründung des „Comité für die Rechte der Flüchtlinge und Migranten in der Euregio“.

Als ökumenisches Projekt verschiedener Evangelischer Kirchenkreise aus Belgien, Deutschland und den Niederlanden und der Flüchtlingsinitiativen der katholischen Bistümer Lüttich, Aachen und Roermond hat das Comité erstmals am 20.6.2003 unter dem Titel **„Ökumenische Plattform in der Euregio zur Asyl-und Flüchtlingspolitik“** eine Resolution zur Asyl-und Flüchtlingspolitik verabschiedet, in der die Bedeutung der **„unbedingten Achtung des Rechts auf Asyl“** nachdrücklich bekräftigt wurde. Außerdem wurde die dringende Notwendigkeit betont, „auf ein gemeinsames europäisches Asylsystem hin (zu) wirken, das sich auf die uneingeschränkte und allumfassende Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention stützt.“ Die Resolution fordert die europäische Politik auf, die Beschlüsse des Europäischen Rates aus dem Jahr 1999 im finnischen Tampere, die den Rahmen für eine an humanitären Maßstäben orientierte Asylpolitik formulieren, umzusetzen.

Diese Resolution dient bis heute als Grundlage für die euregionale Flüchtlingsarbeit, die in den letzten Jahren intensiviert werden musste: Es hat nicht nur keine Verbesserungen für Flüchtlinge und Asylsuchende gegeben, sondern in den vergangenen 10 Jahren wurden die politischen Grundlagen für den Umgang mit Flüchtlingen drastisch verschärft, ihre Existenzbedingungen haben sich entsprechend dramatisch verschlechtert.

Aus diesen Erkenntnissen ergibt sich die Notwendigkeit für uns alle, die Euregionale Plattform für Flüchtlingsarbeit zu nutzen, um die europäischen Bürger mit einem der bedenklichsten politischen Vorgänge in Europa und an seinen Grenzen zu konfrontieren.

Die Not der Menschen

Der wachsende Migrationsdruck auf die Außengrenzen Europas ist eine Folge der sich stetig verschlechternden Lebensbedingungen in Afrika, auf dem Kontinent, der in besonderem Maße durch Krieg, Hunger und Klimakatastrophen von den negativen Folgen der neoliberalen Globalisierung betroffen ist. Die meisten Menschen in vielen afrikanischen Ländern haben nichts oder kaum zu essen, es gibt für sie keine medizinische Versorgung, sie haben keine Lebens-, ihre Kinder keine Entwicklungschancen. Pure Not, Verzweiflung und Resignation treiben Millionen von ihnen in die Flucht. Mehr als ein Drittel der Flüchtlinge stirbt auf dem Weg durch die Wüste.

Diese Menschen haben nur die Wahl zwischen Pest und Cholera: Verhungern, verdursten, an einer unbehandelten Krankheit sterben oder dorthin fliehen, wo Wohlstand und Wohleben nicht zuletzt auf der gewaltsamen Aneignung afrikanischer Reichtümer basieren, nach Europa oder ins gelobte Land jenseits des Atlantiks. Auf dem Weg dorthin tragen sie das immer höher werdende Risiko des gewaltsamen Todes im kargen Gepäck. Viele Überlebende erreichen Europa nie, sondern stranden hilflos an einer der Außengrenzen Europas, am Evros, dem Grenzfluss zwischen der Türkei und Griechenland, in der Ägäis, im Mittelmeer oder in einer der nordwestafrikanischen Küstenregionen, insbesondere in Marokko.

Durch Zusammenarbeit mit der Ev. Kirche in Marokko (der Ev. Kirchenkreis Jülich unterhält mit ihr eine Partnerschaft) wird die Euregionale Flüchtlingsplattform regelmäßig über die Vorgänge in Marokko informiert. Zahlreiche Augenzeugenberichte und Erfahrungen von MitarbeiterInnen vor Ort zeichnen ein entsetzliches Bild der dortigen Zustände. Die Flüchtlinge, die nach monatelangen Wanderungen durch die Wüste dort ankommen, werden durch die örtlichen Behörden nicht nur nicht mit dem Nötigsten zum Überleben versorgt, sondern im Gegenteil ihrer letzten Habseligkeiten beraubt. Obwohl Marokko die Genfer Flüchtlingskonvention ratifiziert hat, kann kein Asyl beantragt werden, weil es kein entsprechendes Büro dafür gibt. Deshalb sind alle Flüchtlinge in Marokko völlig rechtlos und erhalten keinerlei staatliche Zuwendungen. Weil sie als Illegale leben, werden sie als Freiwild betrachtet und behandelt. Ohne Rechte und ohne Schutz sind sie den täglichen Repressalien und einem offenen Rassismus ausgesetzt. Neugeborene erhalten keine Geburtsbescheinigungen, keine Papiere, keinen Status.

Die Gewalt gegen Flüchtlinge in Marokko nimmt mehr und mehr zu, Menschenrechtsverletzungen gegen Flüchtlinge durch die marokkanischen Sicherheitskräfte sind an der Tagesordnung. Frauen werden wie selbstverständlich vergewaltigt, viele nicht nur einmal. Es ist gängige Praxis, dass von Flüchtlingen aus Plastikplanen errichtete Notunterkünfte durch die Ordnungskräfte (Polizei und Militär) täglich zerstört werden. Auch die Anzahl der Razzien ist enorm gestiegen, es wird mit brutaler, zum Teil tödlicher Gewalt gegen die Flüchtlinge vorgegangen. Menschen werden als lebende Fracht verladen, einzeln und weit voneinander entfernt in die Wüste des Grenzgebietes zu Algerien transportiert, damit sie keinen Kontakt untereinander haben und sich nicht gegenseitig unterstützen können, ohne Schuhe, damit sie keine Chance auf Entkommen haben. Sie werden in lebensfeindlicher Umgebung zum Sterben ausgesetzt, selbst Frauen, die gerade ein Kind geboren haben, werden gemeinsam mit ihrem Säugling ihrem tödlichen Schicksal überlassen. Schwerverletzte werden an geheim gehaltene Orte gebracht und dort in versteckte Gräben geworfen, nachdem man ihnen alle Identitätspapiere, Geld und Kommunikationsmittel abgenommen hat. Hier sterben sie an Orten, die niemand ohne Gefahr für Leib und Leben aufsuchen kann.

Die Migranten und Flüchtlinge befinden sich zu Tausenden in einer unentrinnbaren Zwickmühle: sie können weder ihre Reise fortsetzen noch umkehren noch im Land bleiben. Eine sehr große Anzahl von ihnen wäre völlig alleine Willkür und Misshandlungen ausgesetzt in einer Situation, in der die Behörden mit ihren Abwehrstrategien den Flüchtlingen mit todbringender Gleichgültigkeit begegnen. Marokkanischen Bürgern ist bei Strafe untersagt, auch nur die geringsten Hilfeleistungen zu gewähren, selbst medizinische und humanitäre Hilfe wird massiv behindert und unterdrückt. Einzig die vor Ort tätigen evangelischen und katholischen kirchlichen Organisationen, die Caritas und die Flüchtlingshilfe (CEI) der Ev. Kirche von Marokko und einige kleinere NGOs nehmen sich der himmelschreienden Not an, aber die personellen und finanziellen Kapazitäten reichen bei weitem nicht aus, auch nur die nötigste Hilfe zu leisten. Die Aktiven in der Flüchtlingsarbeit erhalten von den marokkanischen Behörden immer weniger Möglichkeiten, die Flüchtlinge ganz elementar zu unterstützen, um das Verhungern und Verdursten zu verhindern.

Trotzdem nimmt die Zahl der Flüchtlinge in den letzten Jahren dramatisch zu, kommen immer mehr Afrikaner, inzwischen auch Asiaten, nach Marokko, weil andere Fluchtwege versperrt sind. Viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sind in vielfacher Weise stark bedroht. Mafiöse Organisationen verstärken durch

Menschenhandel und Zwangsprostitution das Elend der Flüchtlinge. Tausende von Flüchtlingen, denen es trotz aller Repressalien und lebensbedrohlicher Umstände gelingt, auf Booten Richtung Europa einen Platz zu finden, kommen bei ihren Versuchen, den europäischen Kontinent über das Mittelmeer zu erreichen, ums Leben, immer wieder wird berichtet, dass die Küstenwachen die Notsignale der sinkenden Boote ignorieren oder diese an der Landung hindern. Das Ausmaß der Verzweiflung macht die Tatsache auf drastische Weise deutlich, dass immer mehr Flüchtlinge in kleinen Schlauchbooten versuchen, das rettende europäische Ufer zu erreichen, weil diese von den Radaranlagen an den Küsten und auf den Marinebooten nicht erkannt werden, und damit in den sicheren Tod fahren.

Wer einmal mit eigenen Augen in die Gesichter der traumatisierten Flüchtlinge, wer ihre Wunden an Körper und Seele gesehen hat, wer einmal mit ihnen gesprochen und ihr Seufzen und Klagen und ihre Sehnsucht nach ein bisschen Frieden gehört hat, weiß, wie wichtig der Widerstand gegen diese Außenpolitik der Europäischen Gemeinschaft ist.

Politische und moralische Verantwortung

Für diesen skandalösen Umgang mit Menschen, die vor Gewalt und Elend fliehen, sind wir Europäer zu einem großen Teil verantwortlich, und zwar in doppelter Weise. Der erste, der außenpolitische Skandal, besteht darin, dass an den Außengrenzen der EU alles unternommen wird, um Flüchtlingen den Zutritt zu den Ländern der EU zu verwehren. Die Politik der europäischen Staaten hat Europa durch unüberwindbare, militärisch gesicherte Grenzzäune und durch Verfolgung der Flüchtlinge in der Ägäis, im Mittelmeer und an der atlantischen Küste, zu einer uneinnehmbaren Festung gemacht mit dem Ziel, möglichst keinen Flüchtling hereinzulassen. Jedes Jahr verbluten Menschen bei dem Versuch, den sechs Meter hohen Stacheldrahtzaun zwischen Marokko und der EU zu überwinden. Die EU lässt es zu, dass zahllose Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken, weil sie seeuntüchtige Boote benutzen. Viele werden durch die parlamentarisch nicht kontrollierte „Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen“ (Frontex) aus dem Hoheitsgebiet der EU zurückgedrängt, was oft ihren sicheren Tod zur Folge hat. Marokko und Libyen werden von der EU jedes Jahr mit Millionen Euro unterstützt, um unter konsequenter Missachtung der Menschenrechte Flüchtlinge und MigrantInnen von der EU fernzuhalten.

Zum zweiten, zum innenpolitischen Skandal, verdichten sich die Maßnahmen und gesetzlichen Regelungen innerhalb der Länder der Europäischen Union, die das Ziel verfolgen, Flüchtlingen, denen die Einreise in ein EU-Land gelungen ist, den Aufenthalt entweder sofort zu verweigern oder so schwer wie möglich zu machen. Zu diesen Abwehrmaßnahmen gehört vor allem die sog. Dublin-Verordnung, in der die Zuständigkeit der EU-Mitgliedstaaten in Bezug auf Asylverfahren geregelt wird und die gerade in ihrer dritten Fassung vom EU-Parlament beschlossen worden ist.

Diese Verordnung wird, als „Dublin-II“, seit dem 1. September 2003 in allen EU-Staaten und in den zwei Nicht-EU-Staaten Norwegen und Island, seit 2008 auch in der Schweiz, angewendet. Sie bestimmt, dass ein Flüchtling in dem europäischen Land einen Asylantrag stellen muss, in das er zuerst eingereist ist, und dass er in das Land dieses Erstkontaktes zurückgeschickt wird, wenn er in ein anderes Land weiterreist. Diese Regelung erweist sich für die Betroffenen als höchst bedrohlich, denn in der Mehrzahl der Fälle erfolgt die Abschiebung in ein Land, das menschenrechtliche Standards für die Flüchtlinge entweder nicht einhalten will oder kann. Diese sog. „systemischen Mängel“ (z.B. zu wenig Aufnahmekapazitäten mit der Folge von Obdachlosigkeit, Unterversorgung und Anfeindungen, Verfolgung, Rechtlosigkeit) müssten für Politik und Verwaltung hinreichender Grund sein, „blinde Abschiebungen“ aus rein formalen Zuständigkeitsgründen zu verhindern. Stattdessen spielen menschliche oder menschenrechtliche Überlegungen in der alltäglichen Praxis des behördlichen Umgangs mit Asylbewerbern so gut wie keine Rolle.

Die Dublin-Verordnung hat lebensbedrohliche, ja tödliche Folgen für Flüchtlinge, weil sie inhumane Vorgehensweisen einzelner EU-Länder gegen die hilfesuchenden Menschen legitimiert: Das Interesse der Flüchtlinge, einen Asylantrag im Land ihrer Wahl zu stellen, wird missachtet; handlungsleitend ist das Interesse der meisten EU-Länder, Flüchtlinge möglichst aus dem eigenen Bereich fernzuhalten oder schnellstmöglich wieder loszuwerden. Den Ländern an den Außengrenzen der EU, die meistens Erst-Einreise-Länder sind, werden dabei die größten finanziellen und sozialen Lasten zugemutet. Eine Solidarität unter den EU-Ländern hinsichtlich der Aufnahme-Quoten ist kaum feststellbar.

Zu einem Höhepunkt der EU-Abschottungspolitik und zu einem besonders schwarzen Tag für Flüchtlinge ist, ganz zeitnah, der 8. Juni 2013 geworden, an dem das Rücknahmeabkommen der EU mit Marokko unterzeichnet wurde: Die-

ser Vertrag im Rahmen der ENP (Europäische Nachbarschaftspolitik), der es möglich macht, dass Transsahara-Flüchtlinge aus der EU nach Marokko abgeschoben werden, hat beim Besuch von Cecilia Malmström, der Europäischen Kommissarin für Innere Angelegenheiten, am 1. März in Rabat seine Endfassung erhalten. Mit der ENP werden privilegierte Beziehungen zwischen der EU, Marokko und Tunesien aufgebaut, Algerien ist nur assoziiert. Die Bereitschaft Marokkos, alle Flüchtlinge und MigrantInnen, die über Marokko in die EU gekommen sind und die jetzt von Europa abgeschoben werden, zurückzunehmen, wird mit Visaerleichterungen für StudentInnen und Kaufleute erkaufte.

Selbst kritische EU-Parlamentarier sehen keine Chance, diesen von der EU als politischen Erfolg gefeierten Prozess der progressiven Abschottung aufzuhalten, dessen Ergebnis alle Beteiligten kennen: Viele bitterarme Flüchtlinge, die in Marokko gestrandet sind, und zusätzlich die aus Europa Abgeschobenen werden einem von Gewaltexzessen geprägten, gesetzes- und menschenrechtsfernen Bedrohungsszenario ausgesetzt. Viele von ihnen werden nicht überleben, zudem wächst die Gefahr, dass die Situation eskaliert und es zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen kommt. Europa nimmt, so die politische Logik, den Tod zahlloser Menschen, die Verzweiflung in die Flucht schlägt, nicht nur in Kauf, sondern ihr Leiden und Sterben steht im Fokus der europäischen Flüchtlings-Agenda.

Bei der alltäglichen Umsetzung der politischen Vorgaben haben die Ausländerbehörden zahlreiche lebensfeindliche, gewaltförmige Hürden aufgebaut, die den Flüchtlingen den Zugang zu den Ländern der EU verwehren bzw. ihnen den Aufenthalt unerträglich machen sollen. Diese lassen sich an den Berichten einzelner Flüchtlingsinitiativen für die Euregio sehr konkret veranschaulichen, die folgende Probleme auflisten:

- Abschiebungen, insbesondere von Roma (Einzelpersonen und Familien), die in Deutschland seit langer Zeit leben, Schulausbildung erhalten haben und weder die Sprache ihres „Heimatlandes“ kennen noch mit den dortigen Verhältnissen vertraut sind (Berichte aus Aachen, Mönchengladbach und vom Flughafen Düsseldorf)
- Rigide Praxis in vielen Ausländerämtern
- Inhaftierung von Flüchtlingen ohne jedes strafrechtliche Vergehen (z.B. Abschiebehaft)
- Verdrängung von nicht anerkannten Flüchtlingen in die Illegalität (Belgien) mit erheblichen Folgen für Versorgung, Gesundheit, Ausbildung der Kinder

- Streichung von Zuwendungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, wenn „fehlende Mithilfe“ oder Erschleichung von Sozialhilfe unterstellt wird, was häufig völlig willkürlich und unkorrigierbar geschieht
- Verweigerung jeglicher finanzieller oder materieller Unterstützung, z.B. in Belgien, mit dem Ergebnis, dass der Aufenthalt der Flüchtlinge dort eine Nicht-Existenz ohne jeden Schutz ist.

Diese regionalen Erfahrungen spiegeln wider, wie menschenfeindlich die gegenwärtige Flüchtlingspolitik ist. Das betrifft sowohl einzelne Länder wie Belgien, Deutschland und die Niederlande als auch die gesamte Europäische Union.

Die Flüchtlinge werden häufig zum Zweck der Abschiebung inhaftiert, oft müssen auch Minderjährige wochenlang in Abschiebehaft ausharren. Bei Abschiebungen ohne vorherige Haft ist die Frist zwischen dem Abschiebebescheid und der Durchführung der Abschiebung meist so knapp bemessen, dass kein Anwalt eingeschaltet bzw. kein Eilantrag für einen Abschiebestop eingebracht werden kann. Die Inhaftierung von Flüchtlingen ohne strafrechtliche Tatbestände steht im eklatanten Widerspruch zum Grundgesetz und zum demokratischen Rechtssystem.

Die Lebenssituation von Flüchtlingen ist selbst bei Duldung völlig ungesichert, denn sie erfolgt lediglich für jeweils kurze Zeitabschnitte. Jede neue Überprüfung kann die Abschiebung zur Folge haben. Diese Prozedur erstreckt sich oft über Jahre (sog. Kettenduldungen) und endet dann doch mit der Abschiebung von Menschen, die bis dahin häufig seelisch zerrüttet sind. In letzter Zeit waren besonders Roma, oft ganze Familien, von sog. Sammelabschiebungen betroffen.

Während der Zeit der Asylverfahren gilt für das erste Jahr ein Arbeits- und Ausbittungsverbot, womit diesen Menschen jede soziale und gesellschaftliche Integration verwehrt wird; danach ist es für sie aufgrund ihrer unsicheren Aufenthaltsdauer kaum möglich, einen Arbeitsplatz zu finden. Jugendliche haben zwar ein Recht auf Ausbildung, die kurze Zeit der Duldung oder die Ungewissheit über die Zukunft kommt aber meistens einem praktischen Ausbittungsverbot gleich. An der Versorgung der Asylbewerber weit unter dem Sozialhilfesatz, der für die einheimische Bevölkerung Anwendung findet, hat sich auch nach der im Juli 2012 verfassungsgerichtlich verfüigten Gleichsetzung der Zuwendungen wenig geändert, denn vielfach erfolgen weiterhin schikanöse Kürzungen und diskriminierende Sach- statt Geld-Leistungen.

Die verpflichtenden internationalen Vereinbarungen

Die politische Ausgrenzung von Flüchtlingen und ihre menschenunwürdige Behandlung durch Gesetze, Behörden und ihre ausführenden Organe sind nicht nur aus ethischen und humanitären Gründen unerhört, sondern auch, weil die Staaten, die zu diesen todbringenden Maßnahmen greifen, den internationalen Abmachungen zuwiderhandeln, zu denen sie sich in Sonntagsreden und beim gepflegten Floskelaustausch selbstredend bekennen:

- die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ (1948),
- die „Genfer Flüchtlingskonvention“ (1951),
- die „Europäische Menschenrechtskonvention“ (1998),
- die Beschlüsse des Europäischen Rates aus dem Jahr 1999 (im finnischen Tampere),
- die UN-Kinderrechtskonvention (1989) und die Europäische Konvention über die Ausübung der Rechte des Kindes (1996).

In Tampere wurde u.a. die Bedeutung der **„unbedingten Achtung des Rechts auf Asyl“** bekräftigt und eine gemeinsame europäische Asylpolitik beschlossen, die, so der finnische Ratspräsident, **„sich auf die uneingeschränkte und allumfassende Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention stützt“**, und er erklärte, **„dass alle zu beschließenden Maßnahmen an dieser zu messen seien.“**

Von diesen Absichtserklärungen ist bis heute fast nichts umgesetzt worden, die Verletzungen der Menschenrechtskonventionen bestimmen den Alltag der Flüchtlings- und Asylpolitik. Mit der „Dublin II“-Verordnung von 2003 hat sich eine rigide Abschottungspraxis der EU gegenüber Flüchtlingen durchgesetzt, die Grenzkontrollen wurden bis zur nahezu totalen Undurchlässigkeit verstärkt und die Möglichkeiten, Asyl in der EU zu beantragen, sind, bis auf wenige politisch gewollte und ökonomisch nutzbare Ausnahmen, auf ein Minimum geschrumpft.

Viele in NGOs tätige Akteure, die sich für Asylsuchende und Flüchtlinge einsetzen, aber auch kritische EU-Parlamentarier, der Europäische Gerichtshof und das Bundesverfassungsgericht haben in vielen kritischen Einschätzungen und Beschlüssen sowie in der alltäglichen Praxis die humanitären, rechtlichen und ethischen Defizite der europäischen Asylpolitik aufgezeigt. Die Mitte diesen Jahres vom Europäischen Parlament verabschiedeten Neufassungen der einschlägigen Regelungen hätten die Chance geboten, den Umgang der europäischen

Staatengemeinschaft mit Flüchtlingen und Asylsuchenden auf eine neue, respektvolle und menschenrechtskonforme Basis zu stellen. Die bisher vorliegenden Kommentare und Bewertungen kommen überwiegend zu dem Schluß, dass im Gegenteil einige scheinbare Verbesserungen durch überwiegend verschärfende oder in der Tendenz verstärkt ausgrenzende Verfahrensweisen aufgehoben werden - im übrigen größtenteils gegen die durchaus humanitär geprägten Vorstellungen der EU-Kommission.

Die EU-Aufnahmerichtlinie, in der die sozialen Aufnahmebedingungen für Asylsuchende während des Asylverfahrens geregelt sind, bringt Verbesserungen im Arbeitsmarktzugang, in der sozialen Sicherung, in der medizinischen Versorgung und bei der Identifizierung besonders Schutzbedürftiger, überläßt ihre Umsetzung aber letztlich den einzelnen Staaten, ohne sie wenigstens auf Minimalstandards zu verpflichten; zugleich werden die Haftgründe für Asylsuchende ausgeweitet und die Inhaftierung Minderjähriger, die gegen alle internationalen Menschenrechts-Vereinbarungen verstößt, zwar vage kindeswohlgerecht geregelt, aber weiterhin zugelassen.

Die Neufassung der Dublin-Verordnung - Dublin III - zur Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten im Asylverfahren nimmt Asylsuchenden einen der letzten Schutzmechanismen, den „subsidiären Schutz bei drohender Folter u.ä.“. Zwar spricht sie ein Überstellungsverbot bei systemischen Mängeln im Zielland aus, sieht persönliche Gespräche, Rechtsmittel und klarere Regeln für die Zustellung des Zuständigkeitsbescheides vor, im Art. 6 gibt es eine Garantie für Minderjährige auf Sicherung des Kindeswohls, aber durchweg alle Formulierungen sind so vage gehalten und geben Staaten und Behörden so viele Ermessensspielräume, dass letztlich an praktischen Verbesserungen für die schutz- und hilfebedürftigen Menschen zu zweifeln ist.

Schließlich sieht die Neufassung der EU-Asylverfahrensrichtlinie eine sog. „Sichere Herkunftsstaaten- und Drittstaatenregelung“ vor, deren Sicherheitsbegriff ohne jeden definitorischen oder menschenrechtlichen Rahmen willkürlichen Auslegungen, wann welcher Staat als „sicher“ gelten kann, Tür und Tor öffnet. Damit wird die Gefahr für Asylsuchende erhöht, Bedingungen ausgeliefert zu werden, die auf ihre psychische und physische Zerstörung angelegt sind. Verschärft wird diese Gefährdung durch die erhebliche Ausweitung der Gründe für sog. beschleunigte oder Grenzverfahren, die ein gesteigertes Risiko für Inhaftierung und Zurückschiebung ins Herkunftsland bergen, mit den absehbaren ka-

tastrophalen Folgen für die Betroffenen, zu denen auch Minderjährige gehören. Ein Höhepunkt der menschenunwürdigen politischen Ausgrenzungsstrategie von Menschen, die sich verzweifelt und erschöpft zu uns flüchten, ist, last not least, die Neugestaltung der „Eurodac-Richtlinie“, in der geregelt ist, dass als Hilfsmaßnahme für die Durchsetzung der Dublin-Verordnung von Flüchtlingen Fingerabdrücke genommen und gespeichert werden. Die aktuelle Regelung sieht vor, unter Missachtung fundamentaler Rechte Asylsuchender, insbesondere deren Recht auf Privatheit und Datenschutz, dass die Eurodac-Daten mit Europol abgeglichen werden können. Jeder Asylsuchende gerät so unter kriminalisierenden Generalverdacht, die pauschale Stigmatisierung von Asylsuchenden erhält eine formale Grundlage und substanzielle Menschenrechte werden für sie noch konsequenter als bisher abgeschafft.

Das alles klingt ungeheuerlich und ist unfassbar und geschieht doch im Namen der EU, die ausgerechnet wegen ihrer Verdienste um die Menschenrechte und den Frieden den Friedensnobelpreis zugesprochen bekommen hat. Das ist zynisch und unvereinbar mit der Realität des Mordens, die durch Europa toleriert und finanziert wird und von seinen PolitikerInnen zu verantworten ist. In der Regel wird die Abschottung in den Anrainerstaaten mit Mitteln der EU finanziert. Die EU verlagert durch diese Blockadepolitik das Flüchtlingsproblem. Dabei spielt das Einhalten von Menschenrechten keine Rolle. Die europäische Flüchtlingspolitik steht, kurz und knapp gesagt, in krassem Gegensatz zur Idee und zum Wortlaut der Erklärungen, Konventionen und Beschlüsse, die, an der politischen Realität gemessen, das Papier nicht wert sind, auf dem sie geschrieben stehen. Ein Europa, das seine zivilisatorischen, ethischen und humanitären Ansprüche ernst meint, sollte Flüchtlinge als kosmopolitische Chance begreifen und sie selbstverständlich und aktiv integrieren.

Unser christlicher Auftrag

Aus der Bestandsaufnahme der Lage von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Europa und an seinen Grenzen können wir nur schlussfolgern: Es ist höchste Zeit, dass wir als Kirche öffentlich Staat und Gesellschaft an die besondere Verantwortung angesichts der eigenen deutschen Geschichte erinnern. Aus dem Versagen und Schuldigwerden unserer (deutschen) Kirchen haben wir gelernt: »Wehret den Anfängen«. Die Unmenschlichkeit, Gewalt und brutale Ermordung Schutz suchender Menschen muss sofort ein Ende nehmen. Nie wieder darf

unsere Kirche schweigen, wenn Menschen systematisch und vorsätzlich gequält und getötet und als Hilfesuchende ihrem Schicksal überlassen bleiben. Wir machen uns sonst wieder schuldig am Tod hilfloser Menschen.

Zu unseren Verpflichtungen gegenüber den Menschen, die aus Afrika - und woher immer - zu uns kommen wollen, gehört es auch, wie uns selbst so auch den politisch Verantwortlichen immer wieder ins Gedächtnis zu rufen, dass die heutige katastrophale Lebens- und Versorgungslage auf dem afrikanischen Kontinent eine direkte Langzeitfolge der kolonialistischen Ausblutung im 19. Jahrhundert ist. Die kolonialistische und bis heute andauernde imperialistische - oder neo-liberale - Ausschachtung der natürlichen Ressourcen des afrikanischen Kontinents hat zur Folge, dass viele Länder bis heute kaum eine Chance hatten, eigene wirtschaftliche, kulturelle und politische Wege zu finden und zu entwickeln. Ungerechte Handelsbeziehungen, die Auswirkungen des Klimawandels, Spekulationen mit Nahrungsmitteln und Nahrungsmittelkrisen, Vertreibung von Grund und Boden und Privatisierung der Lebensgrundlagen wie Saatgut und Wasser treffen die Menschen in den ärmsten Ländern und Regionen besonders hart. Die Hauptverantwortung für diese Krisen tragen jedoch die Industrieländer, in besonderer Weise die Länder der EU. Die Mitgliedsstaaten der EU profitieren vom Zugang zu neuen Energiequellen in Nordafrika und von der Ausbeutung der sogenannten seltenen Erden. Durch einseitige Handelsabkommen werden Fischfanggründe ausgebeutet und lokale Märkte zerstört, indem sie mit hochsubventionierten Produkten aus Europa überschwemmt werden. Militärische Strategien als vermeintlich legitimes Mittel der Ressourcensicherung sind inzwischen selbstverständlich geworden. Auch wir, keiner von uns, hätte eine andere Wahl als die zwischen resignativer Selbstaufgabe und Hoffnung auf Flucht in das scheinbare Paradies Europa, wenn wir unter vergleichbaren Bedingungen existieren müssten.

Die Tatsache, dass unsere friedliche und saturierte Gegenwart durch massive Menschenrechtsverletzungen abgesichert wird, ist für uns Christen eine unerträgliche Provokation, weil sie mit den Grundlagen unseres Glaubens unvereinbar ist, ja ihnen zutiefst widerspricht. In der Resolution von 2003 hatten wir den notwendigen christlichen Widerstand so begründet: *„Der Mensch ist als Ebenbild Gottes geschaffen. Die Gemeinschaft in Christus hebt die natürlichen Grenzen und Unterschiede der Menschen im Umgang mit einander auf. Das sind ... wesentliche Hinweise darauf, dass Diskriminierung, Ausgrenzung und Unterdrückung von Menschen der biblischen Botschaft und dem Evangelium von Jesus Christus zutiefst widersprechen.“*

Heute fügen wir dem hinzu, dass die Würde der Menschen für uns ein hohes und nicht verhandelbares Gut ist. Wir können und wollen nicht hinnehmen, wenn sie den notleidenden Menschen unserer Zeit von einer Politik gezielt genommen wird, für die nicht menschliche Würde und Menschenrechte, sondern Profit und Sicherung des eigenen Wohlstands handlungsleitend sind. Die Flucht von Menschen, die sie aus menschenunwürdigen Lebensverhältnissen befreien soll, ist für uns Christen ein gottgegebenes Recht, das allen Menschen zusteht, unabhängig von Herkunft, Geschlecht und Glaubensrichtung. Wird das Gebot, Flüchtlinge zu schützen und ihnen Gastrecht zu gewähren, vorsätzlich verletzt, wird die Grundlage des christlichen Auftrages, allen Menschen barmherzig und mitmenschlich zu begegnen und gütiger Mitmensch zu sein, zerstört.

Die Missachtung des Lebensrechts von körperlich und seelisch schwer leidenden Menschen, die ohne Nahrung und Wasser, ohne ärztliche Versorgung, ohne Geld, ohne Kommunikationsmittel sich selbst und damit dem sicheren Tod überlassen werden, können wir nur als Mord bezeichnen. Wir vergessen die Geschichte nicht und haben aus ihr gelernt: Die Verbrechen an unschuldigen Menschen während der faschistischen Herrschaft haben die meisten Deutschen damals mit dem Hinweis entschuldigt, sie hätten davon nichts gewusst. Heute sind derartige Ausflüchte angesichts umfassender Berichterstattung ausgeschlossen. Für uns als Mitglieder christlicher Kirchen ist das Schuldbekenntnis Dietrich Bonhoeffers, eines Christen, der am 9. April 1945 Opfer faschistischer Mordgewalt wurde, eine Verpflichtung. Seine Worte mahnen uns zum Hinsehen und rufen uns zum Handeln auf und - wenn nötig - zum Widerstand gegen Gesetze und Praktiken, die Flüchtlinge entwürdigenden und tödlichen Bedrohungen ausliefern, denen sein Schicksal allzu sehr ähnelt:

„Die Kirche bekennt, die willkürliche Anwendung brutaler Gewalt, das leibliche und seelische Leiden unzähliger Unschuldiger, Unterdrückung, Haß und Mord gesehen zu haben, ohne ihre Stimme für sie zu erheben, ohne Wege gefunden zu haben, ihnen zu Hilfe zu eilen. Sie ist schuldig geworden am Leben der schwächsten und wehrlosesten Brüder Jesu Christi“.

(D. Bonhoeffer: Schuldbekenntnis, in Ethik, 11. Auflage 1985, S. 118-123)

Die Not wenden

Wir, die Absender dieser Resolution, wenden uns mit allem Nachdruck an die Entscheidungsträger in Kirchen und politischen Organisationen, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um diese unerträglichen Zustände und Maßnahmen umgehend zu beenden.

Wir fordern das Europäische Parlament dazu auf, sich von der europäischen Politik der Abschottung zu verabschieden und mit Nachdruck darauf zu drängen, dass an den Außengrenzen Europas, insbesondere in den Ländern des Maghreb, die Menschenrechte auch für Flüchtlinge und Migranten und Migrantinnen gelten. Bei fehlender Bereitschaft, Flüchtlinge und MigrantInnen gemäß den Menschenrechten zu behandeln oder ihnen die daraus abgeleiteten Rechte und Hilfen zukommen zu lassen, sind den Ländern des Maghreb alle EU-Finanzmittel zu versagen, die unserer Kenntnis nach mindestens 800 Mio. Euro jährlich betragen, und alle weiteren Zusagen etwa im Rahmen des Rückführungsabkommens, sofort zurückzunehmen.

Unsere Forderungen und Appelle für eine Beendigung einer mörderischen Asyl- und Flüchtlingspolitik müssen auf allen kirchlichen und politischen Ebenen lautstark und verschärft ins öffentliche Bewusstsein dringen.

Hans-Peter Bruckhoff

Superintendent

Frère-Roger-Str. 8-10

D-52062 Aachen

E-Mail: hans-peter.bruckhoff@ekir.de